

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 38 86 846 ppbn d



Inhalt

Rudi Arndt MdEP, Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion, zum europäischen Haushalt 1983: Europaparlament vor neuem Konflikt mit dem Ministerrat. Seite 1

Horst Peter MdB stellt die Frage: Wann und mit wem wollen die Grünen die "Überlebensfragen" lösen. Seite 4

Karl-Heinz Hiersemann MdL warnt Strauß, sich an Generalbundesanwalt Rebmann zu rächen. Seite 6

37. Jahrgang / 202

22. Oktober 1982

Der europäische Haushalt 1983

Europaparlament vor neuem Konflikt mit dem Ministerrat

Von Rudi Arndt MdEP

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion

Das direkt gewählte Europäische Parlament hat jeweils die Haushaltsberatungen dazu benutzt, um sich gemäß seinem Wählerauftrag gegenüber dem Ministerrat die Rechte zu erkämpfen, die nun einmal einem gewählten Parlament zustehen. Der Haushalt 1980 wurde zunächst abgelehnt, die Haushalte 81 und 82 so gestaltet, daß einige Regierungen deshalb vor den Europäischen Gerichtshof zogen. Jedesmal aber wurden die Klagen - teils aus politischer Einsicht teils wegen zu erwartender Erfolgslosigkeit - zurückgezogen. Hauptstreitpunkte waren dabei die sogenannten nichtobligatorischen Ausgaben, das heißt die Ausgaben, die sich nicht automatisch aus den Römischen Verträgen ergeben und für die im Rahmen eines festgelegten Höchstbetrages das Parlament das letzte Wort hat. In diesen Bereich des Haushaltes fallen vor allen Dingen die Ausgaben für die Beschäftigungspolitik, die Sozialpolitik, die Regionalpolitik, die Energiepolitik und die Entwicklungspolitik. Das sind aber auch gleichzeitig die Bereiche, in denen das Parlament höhere Mittelansätze haben will, und zwar so lange keine neuen Mittel der Europäischen Gemeinschaft zur Verfügung stehen, vor allem auf Kosten der Mittel, die für die Überschußproduktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ausgegeben werden.

Die Haushaltsberatung 1983 hat faktisch damit begonnen, daß die alte Streitfrage zwischen Ministerrat und Parlament, was alles zu den nichtobligatorischen Aufgaben gehört durch eine gemeinsame Erklärung faktisch beigelegt ist. Aber schon zieht am Horizont eine neue Streitfrage auf: Es stellte sich im Laufe 1982 heraus, daß viel zu viel Geld für die Agrarpolitik vorgesehen war. Trotz Rekordernte wird ein Betrag von etwa 1,8 Milliarden ERE (Europäische Rechnungseinheit), das sind 4,25 Milliarden DM, weniger benötigt werden. Dies entspricht übrigens den Voraussagen der Sozialistischen Fraktion bei der Haushaltsdebatte 1982,

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Herausgeber:
Sozialdemokratischer
Pressedienst



die damals sowohl von der Kommission als auch von den Christdemokraten bestritten wurde. Aus dieser Ersparnis wollte die Kommission mit Unterstützung des Parlamentes in einem Nachtragshaushalt einen Betrag von 500 Millionen ERE - das sind 1,2 Milliarden DM - vor allem für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Hungers in der Welt bereitstellen. Der Ministerrat war jedoch nicht bereit, diesen Nachtragshaushaltsplan zu verabschieden, wurde dann aber aufgrund der massiven politischen Vorstellungen des Parlaments dazu gezwungen, wenigstens einen Betrag von 250 Millionen ERE - das sind 600 Millionen DM - für diese Zwecke freizugeben. Während der Ministerrat nun der Auffassung ist, daß diese Mittel, die aus nicht ausgeschöpften obligatorischen Haushaltstitel transferiert werden trotzdem auch weiterhin als obligatorische Mittel zu behandeln sind, ist das Parlament verständlicherweise gegenteiliger Auffassung. Dies ist deshalb so wichtig, weil sich damit die Marge des Parlamentes von bisher 260 Millionen ERE um diese 240 Millionen auf rund 500 Millionen ERE, das sind 1,2 Milliarden DM, erhöht.

Da neben dieser Marge das Parlament noch einige zusätzliche Umschichtungen vornehmen wird, geht es von einer Antragssumme zum Haushalt in Höhe von etwa 600 Millionen ERE, das sind rund 1,5 Milliarden DM, aus. Der Haushaltsausschuß folgte damit einer Argumentation der Sozialistischen Fraktion, die bei ihren Fraktionsbeschlüssen einen Spielraum von 550 Millionen ERE zugrundegelegt hat. Die Sozialistische Fraktion konnte sich auch weitgehend bei der Festlegung der Schwerpunkte des Haushalts 1983 durchsetzen. Diese Schwerpunkte sind vor allen Dingen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (dabei besonders Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit) und Kampf gegen Hunger in der Welt. Den Vorschlägen der Sozialistischen Fraktion, die weitgehend mit den Vorstellungen der Christdemokraten übereinstimmen, folgend, hat der Haushaltsausschuß dann - auch dem Parlament für die erste Lesung des Haushalts Ende Oktober 1983 vorgeschlagen, daß für den Regionalfonds rund 100 Millionen ERE, für den Sozialfonds rund 270 Millionen ERE und für die Entwicklungshilfe rund 140 Millionen ERE einzusetzen sind.

Im Zusammenhang mit diesen Vorbereitungen hat sich die Sozialistische Fraktion eine ganz besondere Methode ausgedacht: Ihrer grundsätzlichen Einstellung folgend, daß Mittel für die Überschußproduktion im Agrarbereich gekürzt und dafür mehr Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehen müssen, hat sie nicht einfach Kürzungs- und Erhöhungsanträge gestellt, sondern die Kürzung bei bestimmten Titeln mit der Erhöhung bestimmter anderer Titel in einem Antrag verknüpft. Das sieht dann so aus, daß zum Beispiel Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Griechenland oder in Italien aus Einsparungen bei der Erstattung für Butter oder Olivenöl kommen sollen. Damit machen diese Anträge deutlich, wie - wenn nur eine bestimmte Summe Geldes verfügbar ist - die Prioritäten gesetzt werden. Der Vorteil bei diesen Anträgen ist, daß der Ministerrat sie nur mit einer qualifizierten Mehrheit zurückweisen kann, während er bei sonstigen Anträgen bezüglich obligatorischer Ausgaben dazu nur eine einfache Mehrheit braucht. Die Sozialistische Fraktion ging davon aus, daß im Ministerrat die Regierungen, die die Notwendigkeit dieser Aktion erkannt haben, dann ihre Sperrminorität einsetzen können.

Diese Form der Anträge stellte aber auch im Haushaltsausschuß erneut unter Beweis, daß die Forderung nach Einschränkung der Überschußproduktion und der Priorität der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei vielen Abgeordneten der Mitte-Rechts-Parteien nur ein Lippenbekenntnis ist. Deshalb konnte nur ein Teil dieser Anträge der Sozialistischen Fraktion eine knappe Mehrheit erzielen. In den meisten Fällen lehnte vor allen Dingen die Christdemokratische Fraktion die damit verbundenen Kürzungen im Agrargarantiefonds ab. Da für diese Anträge im Parlament die absolute Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder also mindestens 218 Stimmen erforderlich sind, ist es außerordentlich zweifelhaft, ob gegen die Gegnerschaft der Christdemokraten und Liberalen trotz des positiven Votums des Haushaltsausschusses diese Anträge im Plenum durchgesetzt werden können.



Überhaupt zeigte sich im Haushaltsausschuß, daß die Agrar-Lobby wesentlichen Boden, den sie in den vergangenen Jahren verloren hat, wieder gutmachen konnte. Während der Berichterstatter vorschlug, daß im Agrargarantiefonds rund 500 Millionen ERE gekürzt werden, blieb davon zum Schluß nicht mehr viel übrig. Die Christdemokraten und Liberalen waren nur bereit, einen Betrag von 240 Millionen ERE vorläufig zu sperren, und sie in einem Reservetitel im Agrargarantiefonds einzustellen. Aus diesem Reservetitel sollen dann 1983 eventuell notwendige Mehrausgaben im Bereich der Agrarpolitik finanziert werden und erst, wenn die Mittel bis zum 1. September 1983 nicht ausgegeben worden sind, auf den Regional- und Sozialfonds übertragen werden. Gleichzeitig erhöhten Christdemokraten und Liberale aber andere Positionen im Agrarbereich um rund 100 Millionen ERE (240 Millionen DM) und wollten damit statt einer Kürzung der Agrarausgaben im Haushaltsjahr 1983 sogar eine Erhöhung durchsetzen. Dies scheiterte am entschiedenen Widerspruch der Sozialistischen Fraktion, die damit allerdings auch nur erreichen konnte, daß keine Erhöhung des Agrarhaushaltes erfolgte.

Man kann außerordentlich gespannt sein, wie sich das Europäische Parlament in der ersten Lesung des Haushalts in der letzten Oktoberwoche verhalten wird. Allerdings ist festzustellen, daß sich in den meisten Grundforderungen der Sozialistischen Fraktion eine Mehrheit abzeichnet. Lediglich in der Frage der Kürzung der Agrarmittel wird sie sich nicht durchsetzen können. Dies liegt allerdings auch daran, daß nationale Vorteile wieder stärker eine Rolle spielen. Auch in der Sozialistischen Fraktion zeigt sich nämlich, daß die französischen Sozialisten sich wieder in einem stärkeren Umfang für ihre nationalen Interessen einsetzen, seit in Frankreich die Sozialisten in der Regierung sind. Das Beispiel der deutschen Sozialdemokraten, die trotz der Regierungsbeteiligung ihrer Partei in Bonn sich an die Vorgaben ihres Wahlprogrammes und der Beschlüsse der Sozialistischen Fraktion hielten, hat leider bei den französischen Sozialisten nicht Schule gemacht. Hier wird es Aufgabe des Bundes der sozialdemokratischen Parteien Europas sein, vor allen Dingen auch auf ihrem Pariser Kongreß im November 1982 darauf hinzuwirken, daß nicht nur die Labour Party ihre grundsätzliche Haltung gegenüber der Europäischen Gemeinschaft revidiert, sondern auch, daß die Genossen aus anderen Ländern ihre nationalen Egoismen den gemeinsamen Zielen der Sozialdemokraten und Sozialisten in Europa unterordnen.

(-/22.10.1982/ks/ca)

+ + +



Überleben - jetzt oder später?

Wann und mit wem wollen die Grünen die "Überlebensfragen" lösen?

Von Horst Peter MdB

Seit den hessischen Kommunalwahlen, den Wahlen in Berlin, den Hamburger Bürgerschafts- und den hessischen Landtagswahlen diskutiert die Öffentlichkeit der Bundesrepublik, diskutieren Sozialdemokraten und Grüne die Möglichkeiten, die Hindernisse und die Formen der Zusammenarbeit zwischen Grünen und Sozialdemokraten. Die bis jetzt weitestgehende Zusammenarbeit wird in Kassel praktiziert. Die Grünen stützen den sozialdemokratisch geführten Magistrat, sie ermöglichten die Wiederwahl des Oberbürgermeisters und beschlossen den Haushalt mit. Für den hessischen Landtag werden in diesen Tagen die Startpflöcke eingeschlagen: Entweder gehen beide Seiten in Verhandlungen über Inhalte und Formen einer Zusammenarbeit, oder es wird ein Fehlstart.

In Hamburg und Kassel spielte die Frage, wer für wen an den "Start" geht, für die Grünen keine Rolle, in Hessen müssen Personalprobleme noch gelöst werden. Es gibt auch sachliche Hürden. Die SPD fordert von den Grünen die Klärung des Verhältnisses zum staatlichen Gewaltmonopol und zum Parlamentarismus, die Einlösung des grünen Programmpunktes "gewaltfrei" und den realen Vollzug der Tatsache der Kandidatur zu Parlamenten.

Während die Personalfragen lösbar sein sollten, denn jede Seite sollte selbst entscheiden, mit wem sie an den Start geht, haben die Grünen die höchste Hürde mit den von ihnen "Überlebensfragen" genannten Punkten ihres Programmes aufgerichtet. Für Hessen sind das die WAA, die Startbahn West, Biblis C, die Atomraketen, die politischen Probleme, denen die Grünen ihr parlamentarisches Leben verdanken. In diesen Fragen sind für die Grünen Kompromisse mit anderen Parteien, SPD und CDU, ausgeschlossen, denn diese Projekte beschwörten "irreparable Lasten und Gefahren für unsere Nachkommen", wohl auch für die Zeitgenossen herauf.

Wenn dem so ist, wenn die apokalyptischen Visionen der Grünen für diese nicht nur Agitationsgerede sind, wenn das "es ist schon fünf vor zwölf" stimmt, die "meistgebrauchte Beschwörungsformel grüner Reden", "was ja nichts anderes bedeuten kann, als daß uns nicht mehr viel Zeit bleibt, das Ruder herumzuwerfen. Dann muß man auch den Mut haben, es anzufassen." Darin ist dem grünen Landtagsabgeordneten Winfried Kretschmann aus Baden-Württemberg zuzustimmen. Die Grünen müssen sich fragen lassen, wann sie mit den Bremsmanövern beginnen wollen, wann sie den auf zwölf vorrückenden Zeiger aufhalten wollen.



Sind es wirklich Überlebensfragen, dann sind es Fragen, deren Lösung keinen Aufschub duldet. Die Grünen können nicht warten, bis sie vielleicht irgendwann einmal 49, 50 oder gar 100 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Dann ist der große Kladderadatsch vielleicht nicht mehr aufzuhalten.

Freilich liegt das Erreichen von Ergebnissen in der Politik auch im Interesse der Grünen, denn ihre Anhänger und Wähler werden eine auf Dauer erfolglose Politik - dann Ergebnis des Verharrens in der Fundamentalopposition - kaum hinnehmen. Es ist auch eine Frage des politischen "Überlebens" der Grünen.

Es ist eine Erfahrung, die die SPD vor 1914 erlernen mußte. Sie grenzte sich selbst aus und ließ sich ausgrenzen, nahm dies in Erwartung des kommenden Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems und der dann nicht mehr aufhaltbaren Revolution hin. Nach Ansicht des von Kautsky geprägten "partei-offiziellen Radikalismus" war ein direktes Einwirken der Partei auf die Verhältnisse der Gesellschaft nicht nötig (die Sozialwissenschaft nennt diese Situation und diese Haltung der Partei "revolutionärer Attentismus und negative Integration"). Die Beibehaltung der "reinen Lehre" wurde mit politischer Einflußlosigkeit erkaufte. Die SPD konnte den damaligen Gang der Dinge nicht aufhalten.

Nehmen die Grünen sich und die von ihnen als existenziell für die Menschen erkannten Fragen ernst, dann müssen sie sich hier und heute entscheiden, ob sie in die weitere Entwicklung eingreifen wollen, wie und mit wem, oder ob sie der Entwicklung als "kritische Mahner", die ständig zu Umkehr und Einsicht aufrufen, zusehen wollen. Verweigern sie sich, fällt die politische Macht in der Bundesrepublik der CSU/CDU zu. Dies dürfte die Lösung der Überlebensfragen der Grünen nur in negativer Weise beschleunigen.

Der andere Weg: Langfristig verändernd wirkende Teillösungen zu suchen. Dies gilt für die Grünen, dies gilt für die Sozialdemokraten. Ihre Bereitschaft und Fähigkeit zu begreifbaren Lernen müssen beide beweisen.

Gemeinsamer Ansatzpunkt kann die Bestimmung des in der Gesellschaft wirkenden Interesses, das für die Zerstörung und Ausbeutung der Natur und des Menschen verantwortlich ist, sein. Die Bestimmung der Entscheidungsautonomie des privaten Kapitals als die bewegende Kraft in beiden Prozessen ermöglicht die Entwicklung von Antworten auf die Fragen

- wie kann die gegenwärtige Wirtschaftskrise gelöst werden, wie kann Arbeit für alle Menschen geschaffen werden, wie kann die soziale Sicherheit für die Menschen, die diese benötigen, gesichert werden.
- wie können die natürlichen Grundlagen des Lebens und des Wirtschaftens für uns und zukünftige Generationen gesichert werden
- wie kann der Frieden gesichert werden, denn sonst sind beide anderen Fragen umsonst gelöst worden.

Gemeinsame Klammer für Grüne und Sozialdemokraten für eine an den Interessen der Menschen und nicht an den Kapital- und Machtinteressen der Konzerne und Wirtschaftsverbände orientierte Politik ist die Durchsetzung umfassender Partizipationsrechte der Betroffenen in allen Lebensbereichen. (-/22.10.1982/ks/ca)

+ + +



Warnung an Strauß

Will sich der bayerische Ministerpräsident an Rebmann rächen?

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Mit der Erklärung, die der bayerische Ministerpräsident Strauß zu seiner Kontroverse mit Generalbundesanwalt Kurt Rebmann abgegeben hat, kann man nicht zufrieden sein. Nach meinen Informationen verlief das "Gespräch", das Strauß mit Rebmann am 14. September am Rande des 54. Deutschen Juristentages in Nürnberg führte, keineswegs "sehr sachlich und ruhig", wie die Staatskanzlei glauben machen will. Für mich besteht vielmehr weiterhin Anlaß, Strauß vor einer Rache an Rebmann zu warnen.

Die Münchner "Abendzeitung" hatte am Montag unter der Überschrift "Krach mit CSU-Chef: Muß Rebmann gehen?" über den Nürnberger Disput berichtet. Danach sollen Strauß und Rebmann "äußerst heftig aneinandergeraten" sein. Strauß soll den Generalbundesanwalt "angegangen haben, weil dieser die Affäre Langemann hochgespielt" habe. Die Darstellung der "Abendzeitung" muß nach SPD-Informationen als geradezu zurückhaltend bezeichnet werden. Der Vorfall spielte sich, wie die SPD erfuhr, etwa so ab:

Rebmann ging dem Vernehmen nach auf Strauß zu, weil er am Vorabend des abzusehenden Bonner Machtwechsels sondieren wollte, ob für ihn in Bonn ein Staatssekretärsposten "drin" sei. Strauß scheint das als Zumutung empfunden zu haben. Er hielt Rebmann vor, die Affäre Langemann durch seine Aktivitäten - insbesondere die Vernehmung des Nachrichtenhändlers Frank Heigl "unter konspirativen Umständen an einem konspirativen Ort" (so ein Sprecher Rebmanns) - erst zur Staatsaffäre gemacht zu haben. "Gerade Sie!" soll Strauß über Rebmanns Karrierewünsche gehöhnt haben. Das Gespräch verlief offenkundig ähnlich "sachlich und ruhig" wie damals, als Strauß den Polizeieinsatzleiter Wolf auf dem Marienplatz absetzte. Damals räumte Strauß später immerhin ein, daß er Wolf einen "Anschuß" verpaßt habe.

Rebmann ließ jedoch die Strauß-Anwürfe nicht auf sich sitzen. Er betonte mit erhobener Stimme, er habe sich im Fall Langemann ausschließlich nach Recht und Gesetz verhalten und es sei nicht seine Aufgabe, eine Affäre herauf- oder herunterzuspielen. In der Tat steht zweifelsfrei fest, daß der Generalbundesanwalt verpflichtet war, in der Affäre Langemann aktiv zu werden. Immerhin ging es um den Verdacht der Offenbarung von Staatsgeheimnissen, bei dem nach dem Gerichtsverfassungsgesetz die Generalbundesanwaltschaft zuständig ist.

Die Bundesanwaltschaft ist, wie erinnerlich, auch sehr fündig geworden. Sie fand im Heizungskeller des Hauses Langemann dessen Tage- und Ringbücher, die der bayerischen Staatsanwaltschaft verborgen geblieben waren. Nach Auffassung der SPD ist die Vermutung naheliegend, daß diese Tagebücher Strauß, der darin mehrfach vorkommen soll, besonderes Kopfzerbrechen bereiten. Vor der Landtagswahl hat die CSU-Mehrheit durch abrupte Beendigung des Untersuchungsausschusses die Einsichtnahme in diese Tagebücher verhindert. Aber nun kommt demnächst die Fortsetzung des Untersuchungsausschusses. Der Generalbundesanwalt hat zugesagt, daß Beauftragte des Untersuchungsausschusses in Karlsruhe Einsicht in diese Tagebücher nehmen dürfen. Will Strauß jetzt Rebmann unter Druck setzen? Will er vielleicht doch noch verhindern, daß diese Tagebücher eingesehen werden?



Strauß hat die Affäre Langemann kurz vor der Landtagswahl im Fernsehen einen "Knallfrosch" genannt. Frage: Warum regt er sich dann so auf? Falls Strauß nur zu der Heigl-Vernehmung nachtarocken wollte, sei ihm die Lektüre des CSU-Untersuchungsausschußberichts empfohlen. Da steht zum Thema Heigl-Vernehmung: "Der Untersuchungsausschuß sieht diese Frage als erledigt an."

Der Nürnberger Vorfall hat gezeigt, daß Strauß durch die Affäre Langemann jederzeit in Wallung zu bringen ist und die von ihm öffentlich zur Schau gestellte Gelassenheit Schauspielerei ist.

Deshalb habe ich folgende Fragen an die bayerische Staatsregierung gestellt:

1. Wie und auf wessen Initiative kam das Gespräch zwischen dem Generalbundesanwalt und Ministerpräsident Strauß zustande?
2. Trifft es zu, daß der Ministerpräsident den Generalbundesanwalt darauf angesprochen beziehungsweise ihm vorgehalten hat, dieser habe die "Affäre Langemann" hochgespielt, er habe sie durch das Verhalten seiner Behörde zur "Staatsaffäre" gemacht?
3. Gibt es, nachdem lediglich eine persönliche Kontroverse von der Staatskanzlei dementiert wurde, sachliche Kontroversen zwischen dem Generalbundesanwalt und Ministerpräsident Strauß in der Beurteilung des Vorgehens der Bundesanwaltschaft im Fall Langemann?
4. Hatte und hat der Ministerpräsident irgendwelche Zweifel an der Zuständigkeit oder der Korrektheit des Vorgehens der Bundesanwaltschaft im Fall Langemann?
5. Erblickt der Ministerpräsident etwa in der Sicherstellung der Tage- und Ringbücher Dr. Langemanns seitens der Bundesanwaltschaft ein "Hochspielen" der Affäre? Hat diese Betrachtungsweise des Ministerpräsidenten gegebenenfalls ihre Ursache darin, daß der Name des Ministerpräsidenten in diesen Kalenderbüchern mehrfach erwähnt sein soll?
6. Gibt es in Tonfall und Lautstärke Parallelen zwischen dem genannten Gespräch und dem seinerzeitigen "Gespräch" zwischen dem Ministerpräsidenten und Polizeivizepräsident Dr. Wolf aus dem Marienplatz?
(-/22.10.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

